

Schildbürgerstreich verhindert

Die Gemeindeversammlung von Reiden zonte erschlossenes Bauland doch nicht aus – Kanalisation gab zu reden.

Markus Mathis

Nach umfassenden Erklärungen seitens der Behörden hiessen 88 Stimmbürger am Montag im Saal des Hotels Sonne in Reiden ein neues verursachergerechtes und detaillierteres Reglement über die Siedlungsentwässerung grossmehrheitlich gut. Das Reglement über die Wasserversorgung genehmigten sie flugs und einstimmig, ebenso wie den Versorgungsvertrag mit der Brunnengenossenschaft Reiden fürs östliche Gemeindegebiet.

Dann entwickelte sich eine zähe Diskussion über einen Sonder- und Nachtragskredit für den Neubau der Siedlungsentwässerung und Kanalisation an der Industriestrasse im Trennsystem über 2,29 Millionen Franken. Viele im Plenum verstanden nicht, warum der Kredit nicht an einer ordentlichen Budgetversammlung traktandiert wird. «Die Gemeinde Reiden vermag jährlich zwei bis drei Millionen Franken zu investieren», sagte Bruno Aecherli (IG Reiden) – und dieser Betrag solle nun unerwartet und plötzlich ausgegeben werden. Es wurde später zudem deutlich, dass wegen dieses Kredites andere Investitionen – etwa an der Friedmattstrasse – aufgeschoben werden.

Mehr Interesse an Fernwärme als gedacht

Bauvorsteher Willy Zürcher (FDP) sagte, dass die Bauarbeiten, welche durch die Verlegung einer Fernwärmeleitung der KGW Energie AG ab kommenden Montag ausgelöst werden, lange nicht absehbar gewesen seien. Die KGW beabsichtigte offensichtlich zuerst nicht, die Fernwärmeleitung von Wikon aus sofort weit ins Industriegebiet von Reiden zu ziehen, fand aber schnell mehr Interessenten an der Fernwärme als gedacht und erhofft. Bis zur Firma Schweizer Electronic im Süden sollen Unternehmen am Energiebezug interessiert sein.

Zürcher sagte, es seien grosse Synergien zu erzielen, wenn alle Werke, welche Leitungen in der Strasse hätten, anstehende



Am 24. Mai hatte die Gemeindeversammlung beschlossen, dass die Bauparzellen auf der Weihermatte Landwirtschaftsland werden sollten. Am Montag korrigierte der Souverän den Entscheid. Bild: Markus Mathis

Arbeiten an der Industriestrasse gemeinsam vornehmen. «Wir können das Trennsystem auch später einbauen, aber dann wird's teurer.» Gemäss David Jurt, dem Bereichsleiter für Bau und Infrastruktur bei der Gemeinde, rechne man mit Einsparungen «zwischen einem Viertel und einem Drittel der Kosten».

Schlechte Idee: Strasse zweimal aufreissen

Mehrere Stimmbürger wollten wissen, wie gross die Einsparungen seien, die erzielt werden, indem das Sauberwasser von der Strasse nicht länger in die Abwasserreinigung geschickt wird. Antwort: jährlich ein niedriger fünfstelliger Betrag. Jedoch stehe das Sparziel nicht im Vordergrund, der kontinuierliche Einbau eines Trennsystems sei eine Vorgabe des Kantons.

«Ich finde den Vorschlag des Gemeinderates gut», sagte alt Gemeindepräsident Hans Kunz (Mitte). «Es will mir einfach nicht in den Kopf, warum die Strasse aufgegraben wird und das fünf oder sechs Jahre später nochmals passieren soll.» Es

handle sich hier um eine Infrastrukturerneuerung. Eine Mehrheit folgte Kunz und dem aktuellen Gemeinderat: Der Kredit wurde mit 66 Ja zu 16 Nein bewilligt.

Regierungsrat schmettert Beschwerden ab

Schliesslich gings um eine am 24. Mai beschlossene Auszonung von Bauland in der Weihermatte. Gegen das Traktandum waren zwei Stimmrechtsbeschwerden und ein Begehren auf Abtraktandierung beim Luzerner Regierungsrat eingegangen. Der wies am Freitag alle drei ab, machte dem Gemeinderat allerdings Auflagen. So musste das Geschäft als Rückkommen auf den Entscheid zur Einsprache gegen die Ortsplanung bezeichnet werden. Zudem sollte die Einsprecherin Gelegenheit erhalten, um die Gründe und Argumente für ihre Einsprache darzulegen. Und der Gemeinderat hatte klarzumachen, dass es sich bei der befürchteten Entschädigung von sechs Millionen Franken für die Auszonung um seine eigene Einschätzung

handle – dass eine abschliessende Beurteilung derzeit nicht möglich sei und im Streitfall Gerichte die Frage entscheiden würden.

Diese Unsicherheit diene verschiedenen Votanten als Argument, um ein Nichteintreten auf die Vorlage zu fordern. Man solle spezialisierte Juristen damit beauftragen, das Risiko einer finanziellen Haftung für die Gemeinde genauer abzuschätzen. 53 Stimmberechtigte wollten aber übers Geschäft diskutieren – 18 waren dagegen.

Einsprecherin: Naturschutz wird beeinträchtigt

Regina Schneider-Kost erklärte darauf nochmals die Gründe für ihre Einsprache, die zur Auszonung von erschlossenem Bauland in der Weihermatte führten. Das von der Schweizer Bevölkerung angenommene Raumplanungsgesetz verlange, dass man zum Kulturland besonders Sorge trage. An der Gemeindeversammlung vom 24. Mai, an dem alle beabsichtigten Rückzonen vom Reider Stimmvolk abgelehnt wurden,

sei zudem klar geworden, dass die Leute sich Rückzonen an anderen Orten wünschten, als am Bürotisch festgelegt wurde.

Die Weihermatte sei ein sensibles Gebiet. Das eingezonte Bauland würde das benachbarte Naturschutzgebiet Weihermatte beeinträchtigen. Der freigelegte Sertelbach funktioniere nicht, es fliesse kein Wasser. Der Weiher im Naturschutzgebiet verlande, es gebe Algen, sie sehe auf ihren Spaziergängen immer weniger Frösche.

Bald gehen Baugesuche für die Weihermatte ein

Bauvorsteher Willy Zürcher machte mehrmals deutlich, dass der Gemeinderat sich Rechtsicherheit wünsche. Seitens der Eigentümerschaft der Weihermatte, für die ein bewilligter Gestaltungsplan vorliegt, nahm Ursula Häfliger Stellung. Der offene Sertelbach werde «funktionieren», sobald das noch unterirdisch fließende Wasser oberirdisch abflüsse. «Es haben sich 40 Interessenten für die Bauparzellen gemeldet», sagte sie. «Ende September gehen die drei Baugesuche ein.» Die Familie, welche bereits ein Einfamilienhaus auf dem Areal errichtet habe, geniesse das Wohnen in der Umgebung.

In der Abstimmung folgten 66 Stimmbürgerinnen dem Antrag von Gemeinderat und Controllingkommission, das Bauland der Weihermatte doch nicht auszonieren – und somit Schneider-Kosts Einsprache vom 24. Mai abzuweisen. Sechs waren dagegen und wollten die Weihermatte der Landwirtschaftszone zuteilen.

Mit dem Entscheid enden die Diskussionen über die sechs Millionen Franken, welche die Gemeinde möglicherweise wegen der Auszonung an Entschädigung zahlen müsste. Eine formale Verwaltungsbeschwerde, die noch hängig ist und sich ebenso gegen Schneider-Kosts Vorgehen richtete, ist gegenstandslos geworden und der Gemeinderat muss sich auch nicht mehr überlegen, eine Planungszone fürs Baugebiet der Weihermatte zu erlassen.

Nachrichten

Töfflfahrer ohne Helm verletzt sich schwer

Langnau Die Luzerner Polizei meldet: Am Montagabend, kurz vor 19.30 Uhr verletzte sich in Langnau bei Reiden ein 15-jähriger bei einem Unfall in erheblichem Masse. Mit seinem Mofa stiess er auf einem Feldweg mit einem anderen Mofa zusammen und stürzte. Der Jugendliche trug keinen Helm. Er wurde vom Rettungsdienst 144 ins Spital gebracht. (pd)

Am Freitag das Altpapier gebündelt bereitstellen

Roggliwil Am kommenden Freitag ab 8 Uhr führt die 4. bis 6. Klasse von Roggliwil eine Altpapiersammlung durch. Die Schule bittet in einer Mitteilung die Einwohner, das Altpapier möglichst gebündelt und gut sichtbar bereitzulegen – und dabei keine Kartonschachteln, Tragtaschen sowie Papier- und Plastiksäcke zu verwenden. (pd)

Zahl der Unterschriften wird überprüft

Luzern Der Luzerner Regierungsrat muss die für ein Zustandekommen von Gemeindeinitiativen nötige Zahl von Unterschriften überprüfen. Der Kantonsrat hat am Montag eine Motion von Anja Meier (SP), die eine einheitliche Regelung für alle 80 Gemeinden forderte, in ein Postulat umgewandelt. Heute schwankt die Hürde zwischen 1,5 Prozent in Luzern und 16,7 Prozent in Roggliwil – Meier will ein Limit von maximal 5 Prozent. (sda)

Agrarmuseum hofft auf Support

Burgrain Das Schweizerische Agrarmuseum Burgrain in Alberswil wird möglicherweise von der angedachten regionalen Kulturförderung des Kantons profitieren. Der Kantonsrat hat den Regierungsrat beauftragt, das Museum in entsprechende Überlegungen einzubeziehen. Das Parlament überwies am Dienstag auf Antrag des Regierungsrats ein Postulat von Hasan Candan (SP) mit 86 zu 26 Stimmen teilweise. Der forderte, dass der Regierungsrat prüfen soll, wie er den Betrieb und den Fortbestand des Museums sichern könne.

Der Kanton Luzern sicherte dem 2021 eröffneten Museum einen Investitionsbeitrag von 250 000 Franken und für die Jahre 2022 und 2023 einen Betriebsbeitrag von je 75 000 Franken zu. Für regelmässige Betriebsbeiträge gebe es rechtlich aber keine Grundlage, erklärte der Regierungsrat in seiner Antwort. Die Hauptverantwortung liege bei der Trägerstiftung, welche das Museum geschaffen habe, sagte Bildungsdirektor Armin Hartmann (SVP) im Parlament. Der Regierungsrat erarbeitet derzeit aber die Kulturförderung neu. In diese konzeptionellen Überlegungen werde er auch das Museum Burgrain einschliessen, erklärte er. Eine Zusicherung für die Sicherstellung des Betriebes sei zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht möglich. (sda)

Badi Reiden: Es gab mehrere Reklamationen wegen früh geschlossenem Freibad

Die frühe Schliessung des Freibads der Badi Reiden sorgt für Aufsehen: An der Gemeindeversammlung sagte Bruno Aecherli, er habe kürzlich die Badi Reiden aufsuchen wollen, um sich abzukühlen, und sei überrascht gewesen, dass das Freibad bereits geschlossen gewesen sei – bei Temperaturen über 30 Grad. «Rundherum sind die Badis noch geöffnet – nur in Reiden nicht.»

«Es sind deswegen einige Reklamationen eingegangen», sagte Josua Müller, Gemeindepräsident (parteilos) und Verwaltungsratspräsident der Badi Reiden AG. Zudem habe es negative Reaktionen auf den sozia-

len Medien gegeben. Die Schliessung des Freibads am 3. September hänge mit der Planung und den Verträgen mit Mitarbeitenden zusammen, die im Vorneherein abgeschlossen wurden. «Natürlich hätten wir die Einnahmen gerne mitgenommen», so Müller.

Neue Badi-Verwaltungsräte stellen sich vor

Der Verwaltungsrat der Badi Reiden AG ist wieder komplett, die neuen Mitglieder stellten sich in der «Sonne» den Einwohnern von Reiden vor. Reto Knorpp aus Langnau, bekannt von seinem Engagement bei der Feuerwehr Wiggertal, sagte:



Josua Müller (am Rednerpult) ist sowohl Gemeindepräsident wie Verwaltungsratspräsident der Badi Reiden AG. Stehend stellen sich die neuen Badi-Reiden-Verwaltungsräte vor: Reto Knorpp (links), Peter Isenegger und Walter Bosshard. Bild: Markus Mathis

«Ich bin in einer Badi aufgewachsen.» Sein Vater sei Badmeister der Badi Kriens gewesen, selbst habe er dort zu Beginn seiner beruflichen Laufbahn als Badmeister und Betriebselektriker gearbeitet. Auch Peter Isenegger aus Luzern ist ein Praktiker: Er betreibt zusammen mit der Gemeinde das Seebad Baldegg und führt mit einem Unternehmen das dortige Restaurant. Walter Bosshard aus Wikon ist Unternehmensberater und Profi-Verwaltungsrat. «Ich interessiere mich dafür, was vor meiner eigenen Haustüre vor sich geht», sagte er. Er könne etwa Kenntnisse im Bereich der Compliance einbringen. (mam)